

Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 11/12

November/Dezember 1988

5 Schilling

Weiter im Geiste Victor Adlers

Die Bundeshauptversammlung am 4. und 5. November 1988 in Wien

Die Ehrung unseres Ehrevorsitzenden Genossen Manfred Ackermann zu seinem 90. Geburtstag und ein großangelegtes politisches Referat unseres Genossen Josef Hindels bildeten die Höhepunkte unserer Bundeshauptversammlung, die am 4. und 5. November 1988 im Haus der Begegnung in Wien-Floridsdorf unter dem Motto „70 Jahre Republik — 100 Jahre Hainfeld — Weiter im Geiste Victor Adlers! — Nie wieder Faschismus! — Nie wieder Krieg!“ stattfand. Aus der Hand von Genossin Rosa Jochmann erhielt Genosse Ackermann einen Ehrenring der Freiheitskämpfer als Geburtstagsgeschenk.



Genossin Rosa Jochmann überreicht Genossen Manfred Ackermann einen Ehrenring als Geburtstagsgeschenk (rechts: Genosse Alfred Dallinger).

(Foto: H. Waschek).

Die Bundeshauptversammlung wurde mit einem Gedenken an den November-Pogrom 1938, die sogenannte „Reichskristallnacht“, eingeleitet. Fotos gaben einen Eindruck von den Zerstörungen, die in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 von den Nazis an jüdischen Geschäften und Bethäusern angerichtet wurden. Genosse Prof. Hugo Pepper sprach Worte des Gedenkens. Dem Andenken

an Victor Adler und dessen Tod am 11. November 1918 war die Rezitation des Gedichtes „Der gute Arzt“ von Luitpold Stern durch Genossen Kurt Schmidt gewidmet.

Unermüdllich gegen Faschismus

In ihrer Begrüßungsrede sagte die Vorsitzende unseres Bundes, Genossin Rosa Jochmann, wer erlebte, wie Kinder, Frauen und Männer in den Kon-

zentrationenlagern grausam gefoltert, gemartert, gequält und getötet wurden, könne dieses Bild niemals von seinen Augen wischen: „Ich werde es nie vergessen können. Es bleibt die Schande des 20. Jahrhunderts!“ Den anwesenden Innenminister, Genossen Karl Blecha, bat Genossin Jochmann, sich dafür einzusetzen, daß für das Mahnmal Mauthausen künftig kein Eintrittsgeld mehr verlangt wird: „Ich habe niemals davon gehört, daß auf einem Friedhof Eintritt gezahlt werden muß. Mauthausen ist einer der größten Friedhöfe.“ Genossin Jochmann würdigte dann das unermüdlige Eintreten von Josef Hindels gegen den Bundespräsidenten. „Die Freiheitskämpfer werden erst dann dazu schweigen, wenn unser Land einen Bundespräsidenten hat, für den wir uns nicht schämen müssen.“

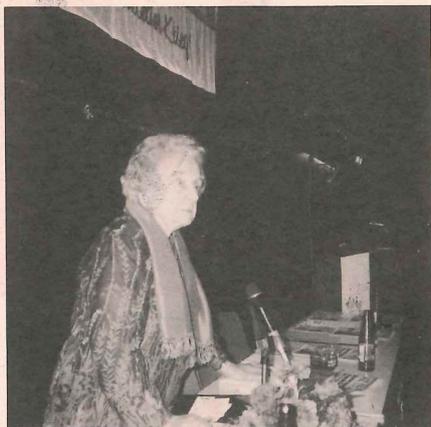
Die Freiheitskämpfer werden niemals müde werden, den Kampf gegen Faschismus und den neuauftretenden Nazismus zu führen, betonte Genossin Jochmann unter stürmischem Beifall.

Freiheitskämpfer: Garant für Antifaschismus

Bei unserer Bundeshauptversammlung konnten wir zahlreiche Ehrengäste begrüßen. Innenminister Blecha, Sozialminister Alfred Dallinger und Klubobmann Dr. Heinz Fischer richteten auch Grußworte an die Delegierten. Unter den Ehrengästen befanden sich weiters Zentralsekretär Günther Salla-berger, der frühere Zentralsekretär Fritz Marsch und der frühere Stadtrat Hubert Pfoch sowie Bundesminister a. D. Dr. Hertha Firnberg.

Im Kampf gegen Neofaschismus und Neonazis darf es keine Atempause geben, sagte Genosse Blecha in seiner Begrüßungsansprache. Die Freiheitskämpfer sind Garant dafür, daß uns die

Fortsetzung auf Seite 2



Genossin Rosa Jochmann bei ihrem Referat
(Foto: H. Waschek)

Fortsetzung von Seite 1

Erziehung der Jugend zu Antifaschisten gelingen wird, betonte er.

Je geringer der Bildungsstand und je gefährdeter die soziale Situation des einzelnen ist — etwa infolge Arbeitslosigkeit —, desto größer ist die Bereitschaft, demokratiefeindlichen Parolen Glauben zu schenken, sagte Sozialminister Dallinger in seiner Begrüßungsansprache. „Deshalb setze ich in meiner politischen Arbeit den Kampf speziell gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit im allgemeinen an die erste Stelle der Prioritäten“, betonte Genosse Dallinger.

Klubobmann Fischer versicherte, daß er das Ziel der Anbringung einer würdigen Tafel zur Erinnerung an Koloman Wallisch, dessen Geburtstag sich Ende Februar 1989 zum 100. Mal jährt, im Parlament politisch und moralisch unterstützen wird.

Ehrung für Manfred Ackermann

Ein erster Höhepunkt unserer Bundeshauptversammlung war die Ehrung für Genossen Manfred Ackermann anlässlich seines 90. Geburtstages. Minister Dallinger hielt die Würdigungsansprache, Genossin Jochmann steckte dem Jubilar und Ehrevorsitzenden unseres Bundes einen Ehrenring an den Finger. Genosse Ackermann richtete Dankesworte an die Delegierten. Besondere Freude machte es den Anwesenden, daß Genosse Ackermann auch an den Beratungen des zweiten Tages der Bundeshauptversammlung teilnahm.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Josef Hindels, Leo Lesjak, Otto Skritek, Hans Waschek.

Rosa Jochmann als Vorsitzende bestätigt

Bei der Neuwahl bestätigte die Bundeshauptversammlung Genossin Rosa Jochmann in ihrer Funktion als Vorsitzende des Bundes. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Genossen Josef Hindels, Otto Skritek, Erna Musik, Eduard Kittl und Leo Lesjak gewählt. Als Ehrevorsitzender wurde Genosse Manfred Ackermann bestätigt.

Den Organisations- und Opferfürsorgebericht erstattete Genossin Erna Musik.



Ehrengäste unserer Bundeshauptversammlung: die Genossen Karl Blecha und Alfred Dallinger.
(Foto: H. Waschek)



Ehrengäste unserer Bundeshauptversammlung: die Genossen Wolfgang Neugebauer, Hubert Pfoch, Manfred Ackermann und Hertha Firnberg (v. l. n. r.)
(Foto: H. Waschek)

Anträge und Resolutionen

Die vom Bundesvorstand vorgelegten Resolutionen (siehe „Kämpfer“ 9/10) wurden von den Delegierten der Bundeshauptversammlung einstimmig angenommen. Weiters wurden angenommen: ein Antrag des Landesverbandes Obersteiermark, der sich dafür ausspricht, daß alle Pflichtschulabgänger aus ganz Österreich einmal das ehemalige KZ Mauthausen besuchen sollen, ein Antrag des Landesverbandes Tirol, der das Verbot der „Deutschen Nationalzeitung“ verlangt sowie eine Resolution des Landesverbandes Niederösterreich, in der verlangt wird, daß die Salzburger Gemeinde Mauterndorf die Ehrenbürgerschaft des Kriegsverbrechers Hermann Göring aufhebt.

Ein Antrag des Landesverbandes Tirol, der sich für die Schaffung einer Begutachtungsstelle für Brutalvideos und Videos mit nationalsozialistischen Propagandainhalten ausspricht, wurde dem Bundesvorstand zugewiesen.

Zwei Anträge des Landesverbandes Obersteiermark, die sich mit der Zukunft unseres Bundes befassen, wurden einstimmig angenommen. Der erste sieht die Einberufung eines Arbeitsausschusses für den Entwurf einer Statutenänderung vor, der zweite verlangt die Schaffung eines Arbeits- und Schulungsprogramms für jüngere Mitarbeiter und die Kontaktaufnahme mit den Jugendorganisationen der Partei.



Die Freiheitskämpfer in der SPÖ von morgen

Das Referat von Josef Hindels auf der Bundeshauptversammlung

Genosse Josef Hindels leitete sein Referat mit einer Erinnerung an eine Jugendkonferenz in den dreißiger Jahren ein, bei der Otto Bauer der Referent war. Die damaligen Jugendfunktionäre waren äußerst kritisch, auch gegenüber der Parteiführung mit Otto Bauer an der Spitze. Vor allem wurde kritisiert, daß zuwenig getan wird gegen die immer größer werdende Gefahr von rechts. Otto Bauer hat zu jenen Spitzenfunktionären gehört, die Kritik vertragen haben, die die Fähigkeit hatten zuzuhören und nie darauf stolz waren, daß sie älter sind als manche ihrer Kritiker. Otto Bauer hat auch einem 17jährigen Lehrling zugebilligt, eine Meinung zu haben. Er hat uns aber auch, so Hindels, einen Rat gegeben: Wenn man einen gefährlichen Gegner vor sich hat, so nützt es wenig, ihn zu beschimpfen, aber es kann von großer Bedeutung sein, ihn richtig einzuschätzen. Er hat uns gelehrt, an die Spitze eines jeden Referates eine Analyse zu stellen.

Verschiedene Gefahren von rechts

Man darf nicht alles, was von rechts droht, in einen Topf werfen, sondern man muß erkennen, daß es hier Unterschiede gibt, die beachtet werden müssen, betonte Genosse Hindels. Heute gibt es zwei verschiedene Gefahren von rechts, wenn auch die Grenzen zwischen ihnen fließend sind. Als erstes nannte Genosse Hindels die Gefahr, die von den offen neonazistischen Gruppen droht. Sie sind zahlenmäßig klein und stützen sich nicht in erster Linie auf alte Nazis, sondern vor allem auf junge Menschen, die sie mit dem Gift des Nazismus infiziert haben. Sie beschäftigen sich intensiv mit der militärischen Erziehung der Menschen, die sie gewonnen haben. Ab und zu gelangen ihnen auch Provokationen, wie zuletzt in Graz (in der Nacht zum 3. November war auf eine als Nazi-„Siegestsäule“ gestaltetes Mahnmal ein Brandanschlag verübt worden, dessen Anstifter ein bekannter Rechtsradikaler war. Anm. d. Red.). Sie haben sich auch eine ganz besondere Aufgabe gestellt: in der Öffentlichkeit dafür zu plädieren, daß zugegeben wird, daß es niemals Gaskammern gab und alle Konzentrationslager reine Arbeitslager gewesen sind. Genosse Hindels verwies in diesem Zusammenhang auf die Publikation „Freispruch für Hitler“, die eine ungeheuerliche Herausforderung darstellt (siehe den Artikel „Ungeheure rechtsextreme Provokation“ auf Seite 6 in dieser Ausgabe).

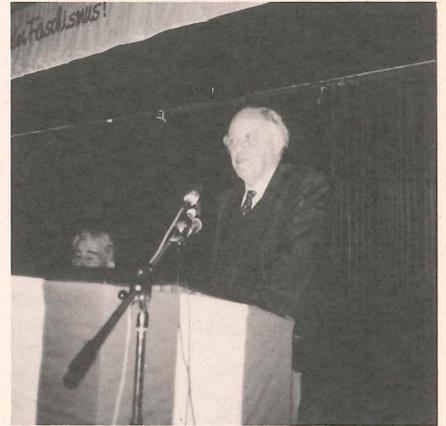
Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes gegen die NDP ist ein großer Erfolg, was darin gesagt wird, gilt für alle neonazistischen Gruppen. Es liegt jetzt an den Behörden, sagte Hindels, an Sicherheit und Justiz, im Sinne der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes neonazistische Betätigung unmöglich zu machen. Das werden wir von den Behörden verlangen, betonte Hindels unter Beifall. Verbote, administrative Maßnahmen allein genügen aber nicht:

„Der Faschismus muß geistig bekämpft werden. Deshalb glaube ich, daß, unabhängig von der notwendigen Arbeit der Behörden, die Aufklärungsarbeit über die Verbrechen der Nazizeit wesentlich stärker werden muß.“

„Wildgewordene Steuerzahler“

Die Gefahr der Neonazigruppen wäre nicht so groß, wenn wir in Österreich ein eindeutig demokratisches und antifaschistisches Klima hätten, setzte Genosse Hindels fort. Würde es dieses Klima geben, so wären die Neonazis in erster Linie eine Sache der Polizei. Aber es gibt dieses Klima nicht. Wir wissen, daß Teile der Bevölkerung, besonders stark Teile des Kleinbürgertums, von einem Rechtsdrall erfüllt sind. Diese rechtsorientierten Menschen kann man nicht einfach alle als Nazis bezeichnen, und zwar auch deshalb nicht, weil viele von ihnen eine perverse Mischung darstellen zwischen nazistischen und austrofaschistischen Gedankengängen. Ein eigenartiger Menschentypus ist da entstanden, nicht durch Gentechnologie, sondern durch bestimmte politische Vorgänge, der den inneren Hitler nicht überwunden hat, aber auch nicht den inneren Dollfuß. Die Besonderheit Waldheims und seines Erfolges bei diesen Schichten besteht darin, daß Waldheim diese perverse Kombination im wahrsten Sinne des Wortes verkörpert. Charakteristisch dafür ist der grenzenlose Haß gegen alles, was in diesem Land Fortschritt heißt, personifiziert in der Figur des „wildgewordenen Steuerzahlers“.

Angeführt von der „Kronen-Zeitung“, haben sich alle, die rechts denken und der Demokratie ablehnend gegenüberstehen, plötzlich in empörte Steuerzahler verwandelt: Alles, was ihnen nicht paßt, was ihrer Ansicht nach nicht stattfinden darf, soll verboten werden, weil sie als Steuerzahler nicht dafür aufkommen können. In ihrer grenzenlosen Ignoranz vergessen sie, daß alle



Genosse Josef Hindels bei seinem Referat. (Foto: H. Waschek)

Österreicher Steuern zahlen und sie nicht berechtigt sind, im Namen aller Steuerzahler zu reden.

„Eine der wichtigsten Ursachen für die Gefahr von rechts in dem Umfang, den sie heute angenommen hat, ist der Verzicht auf eine ernsthafte Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit, sowohl der Nazibarbarei wie der austrofaschistischen Zeit und der Verbrechen des Ständestaates.“

Man hat es verabsäumt, sich ehrlich und offen mit den Verbrechen des Nazismus auseinanderzusetzen, und es wurde auch verabsäumt, sich ernsthaft mit der Zerstörung der Demokratie, die bei uns nicht 1938, sondern schon 1933 erfolgt ist, als das Parlament von Dollfuß ausgeschaltet wurde, zu befassen. Eine entscheidende Rolle dabei hat eine Geisteshaltung gespielt, die ich immer die „Koalitionsgesinnung“ genannt habe, führte Genosse Hindels aus. Diese Tendenz zur Anpassung war außerordentlich stark vertreten.

Jeder wird gebraucht

Bei jeder Bundeshauptversammlung erlebe ich, daß Genossen darüber klagen, daß in den Schulen zuwenig über die Zeitgeschichte gesagt wird: Das ist die logische Konsequenz dieser Koalitionsgesinnung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des Wirkens der Freiheitskämpfer in der SPÖ, sagte Genosse Hindels weiter. Es gibt in unseren Reihen Genossinnen und Genossen, die Großes geleistet haben im Kampf gegen den Faschismus, die aber jetzt sagen oder auch denken: Wir sind alt geworden, viele sind müde, verbraucht. Sie haben das Gefühl, es wird Zeit, daß wir uns zurückziehen, die Jüngeren sollen unsere Aufgaben

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

übernehmen. Es ist absolut richtig, daß wir die Unterstützung, Mithilfe und Zusammenarbeit mit den Jungen und den jüngeren Freunden brauchen. Es war nicht nur ein Ausdruck der Höflichkeit, wenn heute auf der Bundeshauptversammlung der Sozialistischen Jugend gedankt wurde für die starke Teilnahme am Schweigemarsch. Viele Junge haben uns verstanden und werden den Weg, den wir gegangen sind, weitergehen. Das bedeutet aber nicht, daß sich die Alten zurückziehen sollen. In der heutigen Zeit wird jeder von uns, soweit er dazu gesundheitlich in der Lage ist, von uns gebraucht, und sei es auch lediglich als „Zeuge der Zeit“. Auf eines werden wir nicht verzichten: Das sind Vorträge in den Schulen und in sozialistischen Organisationen.

Sehnsucht nach dem „starken Mann“

Trotz aller Betonung des Sozialstaates und der Erfolge, die wir erreicht ha-

ben und die betont und hervorgehoben werden sollen, leben wir immer noch in einem kapitalistischen Land. Das bedeutet, daß es selbst in Perioden der Konjunktur Gruppen von Menschen gibt, die von Angst und Unsicherheit erfüllt sind. Man erfährt immer wieder von Betrieben, die schließen, und von großen Veränderungen im Produktionsprozeß, die Arbeitsplätze gefährden, sagte Genosse Hindels und verwies auf die zwanziger und dreißiger Jahre. Die Menschen, die vollgestopft sind mit konservativen Vorurteilen, die wirtschaftliche Schwierigkeiten befürchten, bei denen ist die Sehnsucht sehr stark nach dem „starken Mann“, der alle Probleme löst und unter dem es keine Skandale gibt. Dazu kommt auch die Sehnsucht nach den Sündenböcken. Juden und Ausländer bieten sich dafür in Österreich an. Das ist einer der Gründe, warum es noch immer ein erschreckendes Maß an Antisemitismus gibt und einen sich ständig steigenden Ausländerhaß.

Weiter für den Rücktritt Waldheims

Genosse Hindels kam dann auf das Problem Waldheim zu sprechen und erinnerte daran, daß die Freiheitskämpfer gemeinsam mit anderen, mit der Wiener und Tiroler SP, den sozialistischen Frauen- und Jugendorganisationen, den Rücktritt des Bundespräsidenten gefordert haben. Es ist uns gelungen, Mehrheiten zu bekommen, aber im entscheidenden Gremium der Partei, dem Bundesparteitag, haben wir diese Mehrheit nicht bekommen. Daraus ergibt sich ein Grundproblem der Freiheitskämpfer: Es läßt sich die Absetzung Waldheims nicht durchsetzen, es läßt sich nicht erreichen, daß der Bundesparteivorstand sich für den Rücktritt Waldheims ausspricht.

Muß man in einem solchen Fall die Realität zur Kenntnis nehmen? Muß man aufhören, den Rücktritt des Präsi-

denten zu verlangen, der eine Schande für Österreich ist?

„Die Sozialistischen Freiheitskämpfer haben diese Fragen klar beantwortet: Wir haben gesagt, wir weichen in der Frage Waldheim nicht einen einzigen Schritt zurück. Wir verlangen weiter seinen Rücktritt im Interesse Österreichs.“

Nun kann jemand kommen und sagen: Na schön, und was hat das geholfen? Ist es nicht klüger, taktisch sinnvoller, damit aufzuhören? Zunächst haben wir durch unser Auftreten gegen Waldheim der Republik Österreich einen ganz großen Dienst erwiesen. Ich habe es selbst erlebt bei Gesprächen mit ausländischen Freunden, die auch zu den Opfern des Faschismus gehören, sagte Hindels. Anfangs waren

sie der Meinung, ganz Österreich sei für Waldheim, aber heute wissen sie, daß es in Österreich nicht wenige gibt, die sich eines Waldheim schämen und die nie aufhören werden, den Rücktritt dieses Bundespräsidenten zu verlangen.

Wenn uns sogenannte Realpolitiker sagen: Ihr erreicht es doch nicht, dann lautet unsere Antwort: Es ist sehr schlecht, daß wir diesen Mann an der Spitze des Staates haben, aber es wäre noch viel schlechter, wenn es nicht eine starke Bewegung gegen ihn geben würde.

Kritik auch an Waldheims Amtsführung

Wir haben anfangs fast ausschließlich von seiner dunklen Vergangenheit gesprochen und von seinen Lügen, mit denen er davon ablenken wollte. In der letzten Zeit hat sich deutlich gezeigt, daß nicht nur die Vergangenheit Waldheims, sondern auch seine Amtsführung als Bundespräsident kritisiert werden muß, sagte Hindels unter Beifall. Ich habe es Heinz Fischer hoch angerechnet, daß er mehrmals, wenn auch in einer Sprache, die ich nie erlernen werde, deutlich zu verstehen gegeben hat, daß Waldheim als amtierender Bundespräsident ebenfalls eine Gefahr für die Demokratie bedeutet.

Charakteristisch war der Fall Jörg Haider. Als Haider seine berüchtigte Erklärung abgegeben hatte, wonach die österreichische Nation eine Mißgeburt sei, da hat es auch in bürgerlichen Kreisen Widerstand gegeben. Da hat Waldheim, der ein schlauer und hinterhältiger Mann ist, gemeint: Da werde ich mich anhängen und beweisen, daß ich mit den Nazis nichts zu tun habe, und er hat Haider zu sich in die Hofburg bestellt. Aus einer Erklärung der Präsidenschaftskanzlei ging hervor, daß Haider bestätigt wurde, die FPÖ sei eine staatstragende Partei. In diesem Zusammenhang ist die Drohung Haider zu sehen: Wenn der Bundespräsident über diese Frage eine Diskussion wünscht, dann werde ich die Dissertation zitieren, die Waldheim über die Reichsidee geschrieben hat. Das ist typisch für Waldheim: In dem Moment, wo er das Gefühl hat, es könnte ihm etwas passieren, macht er das Gegenteil.

Die FPÖ — keine liberale Partei

Eine der großen Gefahren, mit denen wir es gegenwärtig in Österreich zu tun haben, ist die FPÖ, setzte Genosse Hindels fort. Hier sind entscheidende Fehler begangen worden in ihrer Einschätzung als „Liberale“.

„Wenn dieser Haider auf dem letzten Parteitag der FPÖ über 90 Prozent der Stimmen bekommen hat, dann kann es sich bei dieser Partei be-





stimmt nicht um eine liberale Partei handeln.“

Die große Gefahr, die von der FPÖ ausgeht, besteht darin, daß sie hemmungslos die Sozialdemagogie anwendet, zuletzt bei der niederösterreichischen Landtagswahl, die von uns allen als ein Alarmzeichen betrachtet werden muß. Haider hat bei der niederösterreichischen Landtagswahl die Stimmen von Bauern gewonnen, die beunruhigt sind über einen eventuellen Anschluß an die Europäische Gemeinschaft (EG) und die dem ÖVP-Bauernbund den Vorwurf machen, zu wenig zu tun, um sie vor dieser Gefahr zu beschützen. In Wirklichkeit ist aber die FPÖ eine treibende Kraft für einen Vollbeitritt Österreichs zur EG. Als 1955 im österreichischen Nationalrat das Gesetz über die immerwährende Neutralität beschlossen wurde, da wurde es nicht einstimmig beschlossen. Dagegen war der VdU, die Vorgängerorganisation der FPÖ!

Haider ist es in Niederösterreich auch gelungen, in Industrieorten, traditionellen Hochburgen unserer Partei, Stimmen zu bekommen. Sie können nur von enttäuschten, verbitterten Arbeitern kommen. Das Unfaßbare ist, daß der gleiche Haider erklärt hat, man könne doch nicht den maroden Staatsbetrieben immer wieder Steuergelder zukommen lassen. Das war ein Appell an den wildgewordenen Steuerzahler. Das erinnerte bei allen Unterschieden an die Erfahrungen, die wir in den zwanziger und dreißiger Jahren mit der NSDAP, vor allem in Deutschland, gemacht haben.

Damals war es so, daß Hitler, der sich dazu immer einen Frack angezogen hat, bei den Großindustriellen und Bankiers gesprochen hat, um ihnen klarzumachen, daß der Nationalsozialismus die einzige Rettung vor der kommunistischen Revolution ist. Im Braunhemd hat derselbe Hitler die Not und die Verzweiflung der Arbeitslosen demagogisch für sich ausgenützt.

Was kann man tun, um einen weiteren Aufstieg der FPÖ, den ich für möglich halte, zu verhindern?

„Es ist ganz falsch, aus der Bedrohung durch die FPÖ die Folgerung eines näheren Zusammenrückens mit der ÖVP zu ziehen. Das wäre die falschste Schlußfolgerung.“

Je mehr wir die Unterschiede zwischen uns und der ÖVP verwischen, desto größer sind die Aussichten Haider, Unzufriedene zu gewinnen. Auch hier ergibt sich für die Freiheitskämpfer eine große Aufgabe.

Gefahren für die sozialistische Substanz

In kurzer Zeit wird alles unter dem Zeichen des 100. Jahrestages von



Blick auf das Präsidium unserer Bundeshauptversammlung.

(Foto: H. Waschek)

Hainfeld stehen. Alle diese Veranstaltungen und Würdigungen einer Vergangenheit, derer wir uns nicht zu schämen brauchen, unterstützen wir mit ganzer Kraft. Wir dürfen aber, betonte Genosse Hindels, sehr ernste Gefahren für die sozialistische Substanz unserer Partei nicht übersehen. Ich habe es vor kurzem erlebt, daß ich ein Referat mit „Genossinnen und Genossen“ begonnen habe und jemand den Zwischenruf machte: „Ja, darf man denn das noch sagen?“ Manche haben diesen Zwischenruf nicht verstanden. In der „Zukunft“ wurde ein Artikel veröffentlicht, in dem es heißt, daß zwei Drittel unserer Mitglieder dieser Rede ablehnen. Es wurde daraus keine Folgerung gezogen. Wenn diese Meinungsumfrage stimmt, wovon ich nicht überzeugt bin, so heißt das, daß die Genossen, die keine sein wollen, eben nicht, wie Victor Adler immer wieder verlangt hat, zu Sozialisten erzogen worden sind. Daher kann man nicht die sozialistische Tradition abbauen, sondern muß unermüdlich daran arbeiten, die Beziehung herzustellen.

Genosse Hindels setzte sich dann mit dem Wort „modern“ auseinander und meinte, in der Partei sei es üblich geworden, jeden Unfug zu begründen mit den Worten, es sei „modern“. Diese Auffassung des Begriffes „modern“ widerspricht allen Auffassungen der sozialistischen Bewegung. Wir haben darunter nicht verstanden, daß man sich den üblichen Vorurteilen und Ressentiments anpaßt, sondern daß man nachweist, daß unsere Gesellschaftsphilosophie, unsere Vorstellung von der Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaft, der modernen Zeit, der Entwicklung der Produktivkräfte, entspricht.

„In der letzten Zeit hat es manches gegeben, das uns zeigt, daß es in der Partei Tendenzen gibt — zum Glück gibt es auch andere —, dem Druck des bürgerlichen Gegners nachzugeben. Das hat sich sehr deutlich gezeigt in der Frage der Privatisierung.“

Ich hatte nicht das beste Verhältnis zu Adolf Schärf, sagte Hindels, aber wenn ich heute in alten Parteitageprotokollen nachlese, was Schärf über die Bedeutung und die gesellschaftliche Notwendigkeit des gemeinwirtschaftlichen Sektors und der Verstaatlichung gesagt hat, und mit dem vergleiche, was heute gesagt wird, Verstaatlichung sei keine ideologische Frage, so ist darin ein Preisgeben sozialistischer Grundsätze zu erkennen.

Der Verlust des „Vorwärts“

Der Verlust des „Vorwärts“ fügt uns bitteren Schmerz zu. Es geht dabei nicht nur um den Verlust eines Verlages, einer Druckerei, die aus der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung einfach nicht wegzudenken sind. Es geht darum, wie das bekanntgegeben und begründet wurde. Ich kenne sehr genau die kommerziellen Argumente und die Zahlen über die Defizite. Es ist mit der sozialistischen Tradition, zu der wir uns bekennen, nicht vereinbar, daß man eine solche Transaktion unter rein kommerziellen Gesichtspunkten betrachtet. Das müssen wir kritisieren. Es hätte wenig Sinn, eine Resolution zu beschließen, aber wir werden folgendes tun:

- Wir werden der Partei sagen, wie sehr uns 100 Jahre nach Hainfeld

Fortsetzung auf Seite 6

Ungeheure rechtsextreme Provokation

Im Oktober 1988, in diesem Gedenk- und Bedenkjahr und einen Monat vor dem 50. Jahrestag der Novemberprogrome 1938 — ein blutiger Meilenstein der Nazibarbarei auf dem Weg zum Holocaust — erschien die von einem sogenannten „Burgenländischen Kulturverband“ herausgegebene rechtsextreme Publikation mit dem Titel: „Freispruch für Hitler? 36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer.“ In diesem unglaublichen Pamphlet, das sicher sehr bald die einschlägigen Stellen der Republik Österreich beschäftigen wird, läßt Gerd Honsik Naziverbrecher und sattsam bekannte Rechtsextremisten zu Wort kommen. Den Grundtenor dieser Provokation, der sich wie ein roter Faden durch 218 Seiten zieht und eindeutig gegen eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 27. September 1978 verstößt, setzt Honsik

selbst, der hier meint: „Ich hoffe nichts Strafbares zu tun, wenn ich am Holocaust zweifle, Sechsmillionenfach.“

Der Bogen spannt sich von Thies Christophersen, Autor der berühmten Hetzschrift „Die Auschwitz-Lüge“, über den in Österreich ein Aufenthaltsverbot verhängt wurde, über die Leugner der Existenz von Gaskammern in den Nazivernichtungslagern Robert Faurisson, Arthur Butz oder Ernst Zündel, den Naziverbrecher Alois Brunner, den Gerd Honsik 1987 in Damaskus interviewte, bis zu Udo Walendy, über den die Bezirkshauptmannschaft Zell am See in einem Bescheid über die Erlassung eines Aufenthaltsverbotes folgendes feststellte: „Walendy Udo hat am 12. November 1981 im Rahmen einer von der NDP, Bezirksgruppe Pinzgau, in Saalfelden veranstalteten Versammlung (sogenannte §-2-Versammlung) einen Vortrag zum Thema ‚Kriminalisierung der Zeitgeschichtsforschung‘ gehalten. In diesem Vortrag hat Walendy die Behauptung aufgestellt, die er mit Bildmaterial zu beweisen suchte, daß während der NS-Herrschaft keine sechs Millionen Juden vergast oder auf eine andere Art umgebracht worden sind... Die Tatsache der Ermordung von sechs Millionen Juden ist durch zahlreiche Prozesse und Gerichtsurteile sowie durch wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig nachgewiesen worden.“

Aber auch der Sammler dieser „Zeugenaussagen“, Gerd Honsik, ist durch rechtsextreme Provokationen und Aktivitäten kein Unbekannter. Erinnert sei hier wieder einmal an das von ihm maßgeblich gestaltete Pamphlet „Halt“, das mit Balkenüberschriften wie „Zündels triumphaler Schuldpruch: Auschwitz wankt!“ oder „Mauthausenbetrug amtsbekannt!“... Major Lachouts Dokument exklusiv im „Halt“, die Kampagne der Leugnung und Verniedlichung von Naziverbrechen anheizte.

Für „Freispruch für Hitler?“ schrieb der römisch-katholische Pfarrer vom Kahlenbergerdorf, Viktor Robert Knirsch, eine Grußadresse mit den aufmunternden Sätzen: „Schreiben Sie dieses Buch. Hinterfragen Sie die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich.“ Mit Viktor Robert Knirsch kommen wir auch zu den österreichischen „Zeugen“. Auch hier sind es wieder alte Bekannte des österreichischen Rechtsextremismus, wie DDDr. Franz Scheidl, Herbert Schweiger oder Emil Lachout, die in die gleiche Kerbe der Leugnung von Gaskammern in den Nazivernichtungslagern schlagen.

Diese neuerliche ungeheure rechtsextreme Provokation zeigt uns deutlich die gegenwärtigen Aufgaben der Sozialistischen Freiheitskämpfer und darüber hinaus aller Demokraten in unserer Republik, gegen die Besudelung der Holocaust-Opfer und der antifaschistischen Widerstandskämpfer durch Ewiggestrige energisch und konsequent Stellung zu nehmen.

Ehrengabe

Die Einreichfrist für die vom Nationalrat beschlossene Ehrengabe endet am **31. Dezember 1988**. Hilfestellung bei der Einreichung leisten die Sekretariate der Freiheitskämpfer.

Alle Inhaber von Opferaussagen, die länger als ein Jahr in einem Internierungslager der Nationalsozialisten waren, erhalten über Antrag die Amtsbescheinigung und haben, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind, auch **Anspruch auf eine Unterhaltsrente**. Nur wenn diese Einreichung bis 31. Dezember 1988 erfolgt, wird eine solche Rente schon **ab Mai 1989** ausbezahlt werden. Anträge sind an die zuständige Landesregierung zu richten. Nähere Auskünfte in den Sekretariaten der Freiheitskämpfer.

Niederösterreich

Erholbarer Gemeinschaftsurlaub für unsere Mitglieder. Im idyllischen Golf von Strunjan auf der jugoslawischen Halbinsel Istrien, etwa 5 km vom bekannten Badeort Portoroz entfernt, liegt in ruhiger Lage das Hotel Svoboda. Diesem modernen Hotelresort ist eine große Schwimmhalle mit gewärmtem Meerwasser angeschlossen. Zahlreiche Mitglieder und Freunde sind von Strunjan derart begeistert, daß sie auch 1989 dort ihren Urlaub vom 2. bis 16. Juni verbringen möchten. Die Hotelleitung hat für uns mehrere 2-Bett-Zimmer reserviert, und zwar pro Tag zum Vorzugsgruppenpreis von 315 Schilling für Halbpension und 380 Schilling für Vollpension, einschließlich Kurtaxe und Versicherung.

Anmeldungen bitte bis Ende Jänner 1989 an Genossen Leo Lesjak, Skrapustraße 24/24/13, richten.

Fortsetzung von Seite 5

der Verlust des „Vorwärts“ schmerzt.

- Wir werden dafür eintreten, daß die Interessen der Arbeiter, die jahrelang im „Vorwärts“ gearbeitet haben, wirklich ernsthaft wahrgenommen werden. Es darf nicht eintreten, was die Betriebsräte sagen, daß die Arbeiter, die in einem bürgerlichen Unternehmen arbeiten, wesentlich besser gestellt sind als jene, die jahrelang im „Vorwärts“ tätig waren.

Treu zur Idee des Sozialismus

Wir haben uns immer eng verbunden gefühlt mit unserer Partei, sagte Genosse Hindels weiter. Wir haben in dieser Partei die politische Heimat gesehen. Daran ändert sich nichts. Hier sollte uns auch Genosse Ackermann, den wir so überzeugend gefeiert haben, für uns eine Beispiel sein. Ich erinnere mich noch sehr gut, als er aus der Emigration zurückkam und mit seiner Vortragstätigkeit in den sozialistischen Organisationen begonnen hat, da hatte

er das Gefühl einer „geistigen Verwahrlosung“ der Partei. Das hat ihn aber nie gehindert, bis zum heutigen Tag eng verbunden mit der SPÖ zu bleiben.

Man soll nur den Begriff der Parteitreu nicht mißbrauchen. Es bedeutet nicht, daß man zu allem ja sagt, was ein Spitzenfunktionär sagt. Für uns soll entscheidend sein die Treue zur Idee des Sozialismus, schloß Genosse Hindels unter lautem und minutenlang anhaltendem Beifall, zu dem sich die Delegierten von ihren Plätzen erhoben.



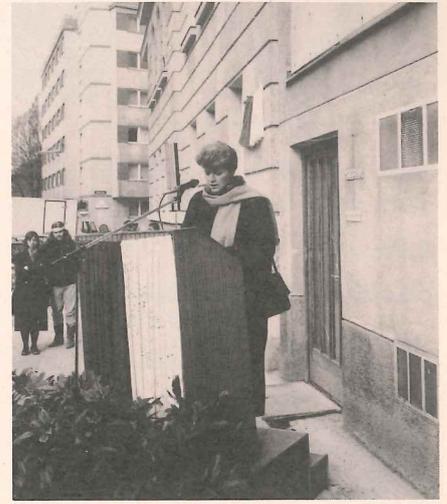
Gedenken an den November-Pogrom 1938



Bei einer Gedenkveranstaltung der SPÖ Wien an den November-Pogrom 1938 sagte Parteivorsitzender Bundeskanzler Vranitzky am 31. Oktober 1988 im Haus der Begegnung Leopoldstadt, wir seien es dem Andenken an die Opfer jener schrecklichen Zeit schuldig, das Gedenkjahr nicht mit dem 31. Dezember abzuschließen. Wir wollen vielmehr gemeinsam versprechen, die

Botschaften und die Inhalte, die wir uns in diesem Gedenkjahr erarbeitet haben, auch für die Zukunft in unseren Köpfen und in unseren Herzen zu bewahren, sagte Genosse Vranitzky (siehe Foto links).

Am 6. November wurden an fünf Stellen in Wien Gedenktafeln zur Erinnerung an die Zerstörung der Wiener



Synagogen durch die Nazis vor 50 Jahren enthüllt. Zu den Enthüllungen luden der Bürgermeister, die Israelitische Kultusgemeinde und die Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich ein. Unser Foto zeigt Stadträtin Dr. Ursula Pasterk bei ihrer Gedenkansprache in der Siebenbrunnengasse 1 in Margareten.

(Fotos: H. Waschek)

Zur Ausstellung „Die ersten 100 Jahre — Österreichische Sozialdemokratie 1888—1988“ ist ein gleichnamiges Buch erschienen (Verlag Christian Brandstätter, Wien—München, 368 Seiten, broschiert, 278 Schilling in der Ausstellung oder in der Buchhandlung SPÖ-Information, Leinen 480 Schilling im Buchhandel). Das Buch ist reich illustriert mit 170 Farb- und 200 Schwarzweißabbildungen und enthält nach einem Vorwort von Heinz Fischer zahlreiche Beiträge zu den Themen der Ausstellung. Herausgeberin des Bandes ist Helene Maimann, die auch für die inhaltliche Gestaltung der Ausstellung im Simmeringer Gasometer verantwortlich ist.

*

Eine Lücke schließt das Buch „Die Arbeiter von Wien“ (Verlag Jugend & Volk, Wien—München, 400 Seiten, broschiert 198 Schilling in der Ausstellung oder in der Buchhandlung SPÖ-Information, Leinen 268 Schilling im Buchhandel). Dieser von Kurt Stimmer im Auftrag des Bildungsausschusses der Wiener SPÖ herausgegebene sozialdemokratische Stadtführer lädt zu bewußteren Spaziergängen durch Wien ein. Biographien, Artikel sowie Gedichte und Liedtexte ergänzen die Ortsangaben auf das vortrefflichste. Das Buch enthält auch schon Hinweise auf den Käthe-Leichter-Hof und den Rudolphine-Muhr-Hof.

Neue politische Bücher

Eine sehr brauchbare Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich seit 1848 hat der „Neue AZ“-Redakteur Peter Pelinka unter dem Titel „Sozialdemokratie in Österreich — Hundert Jahre seit Hainfeld: Die Entwicklung einer Bewegung von Victor Adler bis Franz Vranitzky“ vorgelegt (hpt-Verlag, Wien, 124 Seiten, 98 Schilling). In kurzer, übersichtlicher Form enthält dieses kleine Büchlein, das in der Reihe „kurz & bündig“ des Verlages erschienen ist, alle wichtigen Stationen in der Geschichte der Bewegung. Erfreulich die ausführliche Darstellung des Wegs zum 12. Februar 1934 und der illegalen Arbeit im Austrofaschismus. Eine erfreuliche Publikation, der man viele, hauptsächlich junge Leser wünschen möchte.

Dem „Ursprung der österreichischen Arbeiterbewegung“ und dem „Zeitalter Victor Adlers“ ist, wie es im Untertitel heißt, ein Buch gewidmet, das der frühere „AZ“-Chefredakteur Franz Kreuzer unter dem Titel „Was wir ersehnen von der Zukunft Fernen“ veröffentlicht hat (Verlag Kremayr & Scheriau, Wien, 303 Seiten, 480 Schilling). Der Band enthält zahlreiche Bilddokumente sowie Adelheid Popps „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“, die die Grundlage einer von Franz Kreuzer und Herbert Giese gestalteten Fernsehdokumentation zum 100-Jahr-Jubiläum bildet, die zur Jahreswende 1988/89 im österreichischen Fernsehen ausgestrahlt wird.

*

„Ein Leben im Spiegel unseres Jahrhunderts“ nennt Alois Pipberger seine Erinnerungen „Zu meiner Zeit“ (Böhlau Verlag, Wien, 464 Seiten, 476 Schilling). Pipberger, Jahrgang 1904, wurde schon mit 17 Jahren Mitarbeiter im Wiener Sekretariat der Partei. Nach 1945 war er Redakteur, Zentralsekretär der SPÖ und zuletzt Präsident der Länderbank. „Ich habe versucht, als Idealist zu leben“, schreibt der Autor im Vorwort. Die Erinnerungen sind dort am eindringlichsten, wo sie von eigener Arbeit berichten: von der Arbeit und der Laufbahn eines typischen Vertrauensmannes der Sozialdemokratie.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Gespräch mit Gästen aus der Sowjetunion und Ungarn

Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände besuchten Delegationen der dortigen Widerstandskämpfer Österreich.

Die Delegationen wurden von Bundesminister Dallinger und Frau Bundesminister Hawlicek empfangen. Bei Aussprachen mit den Delegationsteilnehmern über Fragen, welche die Interessen der Gäste berührten, nahm für die Sozialistischen Freiheitskämpfer die Vorsitzende-Stellvertreterin Genossin Erna Musik teil.

Gedenken an Karl Pick

Vor 50 Jahren starb der Gründer der Gewerkschaft der Handelsangestellten, Karl Pick, auf dem Gang jenes Spitals, das er für die kaufmännischen Angestellten gegründet hatte. Eine Jüdin hatte damals im Krankensaal nichts verloren.

Daran erinnerte Otto Skritek in einer Gedenksitzung der Sektion Handel der Gewerkschaft der Privatangestellten für den großen Pionier der Handelsangestellten. Skritek erinnerte dabei auch an die vielen Opfer, die der Nazifaschismus unter den Funktionären der Handelsangestellten forderte. Sie begingen Selbstmord, wie Feldbauer, starben auf der Flucht nach Frankreich, wie Feldmann und Schiller, oder im KZ, wie Kleebinder. Manchen gelang die Flucht, wie Manfred Ackermann in die USA, Therese Mandl und Philipp, Otto Hahn und Gattin nach Mexiko, nur um einige der vielen Opfer des Nazifaschismus zu nennen.

Auskunft und Beratung

in Opferfürsorgefragen jeden Mittwoch von 10 bis 12 Uhr im Sekretariat des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Wien 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (Telefon 534 27/277 Durchwahl).

*Frohe Weihnachten
und ein gutes neues Jahr wünschen
die Ravensbrückerinnen*

An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunden“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 1/2 ist der 15. Jänner 1989



Im Herbst 1988 wurden in Wien zwei Wohnhausanlagen nach Genossinnen benannt, die uns unvergessen bleiben werden. Am 8. Oktober erhielt die von der Wohnbaugenossenschaft der Privatangestellten errichtete Wohnhausanlage in 13, Auhofstraße 152—156, den Namen „Käthe-Leichter-Hof“. Käthe Leichter war in der Ersten Republik Leiterin des Frauenreferats der Arbeiterkammer. Nach dem Februar 1934 gehörten sie und ihr Mann Otto zu den Gründern der Revolutionären Sozialisten. Im KZ Ravensbrück wurde sie 1942 ermordet, ihre letzte Nachricht ließ sie in der zurückkommenden Kleidung versteckt Rosa Jochmann zukommen. Bei der Feier am 8. Oktober sprach einer der Söhne von Käthe und Otto Leichter, Heinz (Foto), im Beisein von Bundesminister Dallinger und Stadtrat Edlinger.

Am 25. Oktober wurde in Wien 13, Volksgasse 1—13/Elisabethallee 22,

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Vorwärts AG, 1030 Wien, Viehmarktgasse 4.

eine Wohnhausanlage nach Rudolfine Muhr benannt. Genossin Rosa Jochmann sprach bei der Enthüllung der Gedenktafel (Foto) Worte des Gedenkens an unsere unvergeßliche Fini, die bis zuletzt unermüdlich für unseren Bund tätig war. Die Anbringung der Gedenktafel erfolgte auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Bezirksvorstehung Hietzing.

Rudolfine Muhr war Metallarbeiterin und Betriebsrätin. Unter dem Austrofaschismus war sie die engste Mitarbeiterin von Manfred Ackermann bei der Betriebszellenarbeit der RS. Bis zu ihrem Tod am 26. Oktober 1984 war sie Vorsitzende-Stellvertreterin unseres Bundes. In Hietzing war sie als Frauenleiterin und 2. Vorsitzende der Bezirksorganisation der SPÖ tätig.

ÖBB-Seniorenausweis

Eine Berechtigungsmarke für den Seniorenausweis der ÖBB erhalten Unterhalts- oder Teilunterhalts-Rentenbezieher ab 1. Jänner gratis gegen Vorweis des gültigen Unterhaltsbescheides bei den zuständigen Stellen.